

AUSSPRACHE

Gewerkschaftsaufgaben nur im Rahmen des jetzigen Wirtschaftssystems?

Helmut Wickel hat in seinem Artikel „Sicherung der Gewerkschaftseinheit“ im Oktoberheft 1953 gefordert, die Gewerkschaften sollten erklären, daß „ihre Ziele im Prinzip durchaus im Rahmen unserer staatlichen und sozialen Ordnung und unseres Wirtschaftssystems erreicht werden können“. Im Januarheft 1954 („Aufgaben einer Theorie der Gewerkschaftspraxis“) hat er von objektiven Grenzen des kapitalistischen Systems gesprochen (die es demnach gibt), die aber für die gewerkschaftliche Betätigung noch einen großen sozialen Spielraum ließen. Leider hat Wickel nicht klar dargelegt, was doch wohl der eigentliche Sinn seiner Ausführungen ist, nämlich, daß er es für falsch hielt, wenn die Gewerkschaften irgendwelche Ziele und Forderungen proklamieren, die den Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems überschreiten,

Nun sagt Wickel selbst im Januarheft 1954: „Niemand kennt die Grenzen, die der Expansion des kapitalistischen Systems gesetzt sind bzw. welcher Anpassungen an veränderte Bedingungen der Kapitalismus fähig ist.“ Ferner meint er — in recht großem Optimismus —, die Krisenbekämpfung zum Beispiel sei heute ein fester Bestandteil der Wirtschaftspolitik der führenden kapitalistischen Länder. Er übersieht dabei, daß in den USA, an die er wohl in erster Linie denkt, der Meinungskampf über Krisenbekämpfung noch recht groß ist und daß dort die Bewährungsprobe in dieser Hinsicht erst noch bevorsteht. Vor allem aber geht er darüber hinweg, daß in der Bundesrepublik, an deren Gewerkschaften er seinen Appell wegen Innehaltung des Rahmens der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse gerichtet hat, die Widerstände kapitalistischer Kreise gegen eine aktive Konjunktur- und Vollbeschäftigungspolitik wegen der damit unweigerlich verbundenen staatlichen Regulierungs- und Kontrollmaßnahmen außerordentlich stark sind.

Leider hat Wickel auch nicht klar genug gesagt, ob er das Programm des DGB zur Neuordnung der Wirtschaft für richtig hält oder nicht. Dieses Programm ist meines Erachtens die auf Grund der heutigen Verhältnisse absolut richtige und notwendige Richtschnur für das gewerkschaftliche Handeln in allen Einzelfragen. Es entspricht dem, was Wickel als allgemeinen Wunsch ausdrückt, indem er sagt: „Man will eine funktionierende Wirtschaft und wachsenden Wohlstand bei möglichst geringer Belästigung durch Reglementierungen.“ Daß er mit wachsendem Wohlstand

gerade auch an diejenigen denkt, die heute einen viel zu geringen Anteil am Sozialprodukt und Volkseinkommen haben, ist ja wohl anzunehmen.

Ich gehe also davon aus, daß die gewerkschaftlichen Ziele der Vollbeschäftigung, mit einem Mindestmaß von Regulierungen, darunter insbesondere Lenkung der Investitionen, mit einer sozialeren Verteilung der Einkommen und echten Mitbestimmung der Arbeitnehmerseite in allen Gremien der Wirtschaft, die Hauptziele des DGB sind auf Grund seiner Aufgabe, die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen. Warum soll diese berechnete Zielstellung eingeschränkt bzw. in Frage gestellt werden durch die Festlegung, daß der DGB an den Grenzen der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse haltmachen wird? Gerade Wickel, der von Ideologien und „Ismen“ zu konkreteren Fragestellungen und Maßnahmen lenken will, beschwört damit geradezu eine abstrakte Diskussion über Grenzen des Kapitalismus herauf. Er kann ja nicht voraussetzen, daß alle Gewerkschafter seine optimistische Auffassung über die Anpassung kapitalistischer Kreise an gesamtwirtschaftliche und soziale Erfordernisse teilen.

Die Frage dieser Anpassungsfähigkeit und der tatsächlichen Anpassung ist nicht nur ökonomisch zu beantworten. Sie ist auch *politischer* Natur. Auch Helmut Wickel kann nicht wissen, ob unsere deutschen Kapitalisten und ihre intellektuellen Vertreter sich eines Tages doch mit der Durchführung der im DGB-Programm enthaltenen Maßnahmen abfinden werden oder ob sie, selbst wenn eine Mehrheit der Bevölkerung dafür ist, sich wehren und wirtschaftliche Sabotage verüben, so daß weitergehende Maßnahmen sich als notwendig erweisen. Es ist daher unsinnig, von den Gewerkschaften eine solche Festlegung zu verlangen. Die Gewerkschaften würden sich dadurch selbst Fesseln anlegen, die sie in einer bestimmten Situation aktionsunfähig machen und in Widerspruch zur Interessenwahrnehmung der Arbeitnehmerschaft bringen könnten.

Es ist daher auch ein Irrtum, daß eine Festlegung auf den Rahmen kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse der Einheitsgewerkschaft dient. Abgesehen davon, daß es auch außerhalb der sozialistisch orientierten Arbeitnehmer namhafte Persönlichkeiten gibt, die den Kapitalismus keineswegs für die beste aller Wirtschaftsordnungen halten, wird die Masse der Arbeitnehmer unter allen Umständen von den Gewerkschaften eine Einsetzung für gesicherte, menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen erwarten. IRMGARD ENDERLE

Das kleine Wörtchen „nur“

Wollte ich es mir bequem machen, so könnte ich auf *Irmgard Enderles* Kritik einfach durch Zitate aus meinen zur Debatte stehenden

Artikeln antworten. Ganz kann ich das auch nicht vermeiden, aber ich will mich nicht damit begnügen.

Irmgard Enderle bedauert, daß ich nicht ausgesprochen habe, daß ich die Proklamation von Gewerkschaftszielen und -forderungen, die den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung überschreiten, für falsch hielte. Ich muß sie leider auch diesmal enttäuschen. Auch bei liebevollstem Zureden werde ich mich nicht zu einem solchen Ausspruch verleiten lassen. Es ist nämlich nicht meine Auffassung. Ich habe nur gesagt, daß unsere heutigen gewerkschaftlichen Ziele und Forderungen *im Prinzip* im Rahmen unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialordnung erreichbar sind. Ich kann das noch dahin erweitern, daß ich noch wesentlich weitergehende Ziele nennen könnte, sei es auf dem Gebiete der Arbeitszeit, der Sozialversicherung, des Schulwesens oder der Forschung, an die wir im Moment gar nicht zu denken wagen, die alle ohne Umsturz der Sozialordnung durchsetzbar sind. Das heißt aber nicht, daß ich den DGB nun für immer und ewig auf unsere heutige Sozialordnung „festlegen“ will. Ich sehe nur augenblicklich kein einziges gewerkschaftliches Ziel, auch im Wirtschaftsprogramm des DGB nicht, das *prinzipiell* nicht in diesen Rahmen passen würde. Die von Irmgard Enderle aufgeworfene Frage entbehrt daher eines praktischen Inhalts.

Eine ganz andere Frage ist, ob die Kräfte, die heute die politischen und wirtschaftlichen Schlüsselstellungen besetzt halten, dahin gebracht werden können, daß die sozialen Möglichkeiten, die in unserem Wirtschaftssystem und unserer staatlichen Ordnung vorhanden sind, voll in dem von den Gewerkschaften gewünschten Sinne ausgenutzt werden. Dafür zu kämpfen ist eben die Aufgabe der Gewerkschaften. Wenn uns das alles geschenkt würde, brauchte es ja keine Gewerkschaften zu geben. Es ist natürlich eine Machtfrage, und auch ich kann nicht wissen, „ob unsere deutschen Kapitalisten und ihre intellektuellen Vertreter sich eines Tages doch mit der Durchführung der im DGB-Programm enthaltenen Maßnahmen abfinden werden oder ob sie, selbst wenn eine Mehrheit der Bevölkerung dafür ist, sich wehren und wirtschaftliche Sabotage verüben“. Aber auch Irmgard Enderle kann nicht wissen, wie unsere deutschen Kapitalisten sich verhalten werden. Man kann aber eines wissen: Sie werden um so weniger wagen zu sabotieren, je mehr sie sich davon überzeugen müssen, daß die Position der Gewerkschaften in der Arbeitnehmerschaft fest und unerschütterlich verankert ist. Davon hängt letzten Endes alles ab.

Die Proklamierung von Fernzielen diesseits und jenseits des Kapitalismus nützt uns dabei gar nichts, sondern nur das dauernde „Am-Ball“-Bleiben. Eine betriebsnahe Tarifpolitik ist darum auch für die hochpolitische Frage

des Machtverhältnisses im Kampf um die Sicherung und soziale Ausgestaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Ordnung entscheidender als weitgesteckte Programme. Nichts gegen ein gutes Programm. Es bleibt jedoch Papier, wenn es nicht getragen wird von einer Organisation, deren Unentbehrlichkeit der Arbeitnehmer jeden Tag unmittelbar an seinem Arbeitsplatz empfindet. Die Parole der expansiven Lohnpolitik kann zweifellos wesentlich mehr zur Aktivierung der Gewerkschaften beitragen als die akademische Frage der Investitionslenkung. Die Gefahr der großen umfassenden Programme, mögen sie noch so richtig sein, besteht darin, daß sie unter Umständen die Aktivität der Mitgliedschaft lähmen, statt sie zu fördern. Das ist nicht immer so. In Zeiten einer wirtschaftlichen und sozialen Krise kann gerade davon die entscheidende aktivierende und sammelnde Wirkung ausgehen. In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs jedoch lenken sie gerade von dem ab, auf das es vor allem ankommt, nämlich der Ausnützung des Aufschwungs für die Erringung und Sicherung der dann möglichen vielen kleinen Fortschritte, die zusammen auch einen großen Schritt ergeben, an dessen Zustandekommen dann aber gewissermaßen jeder einzelne Arbeitnehmer beteiligt ist und für dessen Verteidigung er darum auch kämpfen wird.

Die zur Zeit sichtbare Gefahr ist gar nicht so sehr, wie Irmgard Enderle meint, daß die deutschen Kapitalisten und ihre intellektuellen Vertreter das gewerkschaftliche Programm bekämpfen, sondern daß sie den Gewerkschaften den Boden unter den Füßen wegzuziehen versuchen. In den Bemühungen der Unternehmer, die betriebliche Lohnpolitik den Gewerkschaften aus der Hand zu winden, liegt die aktuelle Gefahr. Das ist der Frontabschnitt, auf dem die nächste Entscheidung fällt.

Mit der Frage einer Festlegung auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung oder nicht hat das alles nichts zu tun. In meinem Artikel zur Gewerkschaftstheorie schrieb ich, daß man sich darauf verlassen dürfe, daß ein nichtfunktionierender Kapitalismus heute nicht lange toleriert werden würde. Das sollte klar genug sein. Nur bin ich der Ansicht, daß auch in jedem anderen System die Gewerkschaften nach wie vor die gleichen Aufgaben der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer haben. Insofern kann ich klar sagen, daß die gewerkschaftlichen Aufgaben nicht *nur* im Rahmen des jetzigen Wirtschaftssystems gestellt sind. Auch darauf habe ich in meinen früheren Artikeln hingewiesen. Es ist jedoch noch eine offene Frage, wieweit die Arbeitnehmer aus einer Änderung des Wirtschaftssystems Nutzen ziehen würden, da es noch eine offene Frage ist, wieweit die Gewerkschaften dann ihre Unabhängigkeit wahren können.

HELMUT WICKEL

Mittelschichten

Die Meinungskämpfe in der deutschen Arbeiterbewegung, die unter den Stichworten „Einbruch in die Mittelschichten“ oder „Wie kommen wir über die 30 Prozent?“ nun so lebendig geworden sind, interessieren auch in England — gerade weil hier das Problem nicht mehr besteht. Deshalb dürften wohl die englischen Erfahrungen für deutsche Leser von einigem Wert sein.

Die Labour Party hatte bei ihrem großen Wahlsieg im Jahre 1945 47,9 vH der Stimmen erhalten, 1950 46,4 vH, und als sie 1951 die Mehrheit im Unterhaus verlor, sogar 48,7 vH aller abgegebenen Stimmen, mehr als die siegende konservative Partei. Dadurch ist die Labour Party davor bewahrt geblieben, allzu viele Konzessionen an die Schlagworte der Gegner machen zu müssen; mit der Parole „Marktwirtschaft machen wir auch“ wird man hier bestimmt nicht in die nächsten Wahlen gehen. 70 vH der Stimmen gegen sich zu haben, mag gewiß dazu verführen, ein geschickt angewandtes Propagandawort, wie das von der „sozialen Marktwirtschaft“, für sich zu beanspruchen. Kann man denn aber einen Gegner besiegen, indem man seine Triumphe grundsätzlich bejaht? Spielt man ihm damit nicht die besten Karten in die Hände? Wird nicht jener Mittelstand dann sagen: „Wenn schon Marktwirtschaft, denn lieber Erhard“ — so wie er am 6. September gegenüber der betont nationalen Haltung der SPD gesagt zu haben scheint: „Wenn schon national, denn lieber Adenauer?“

Hier in England sind die Vorstadien gewiß ungleich günstiger gewesen. Wenn man in Deutschland von dirigierter Wirtschaft, von Kontingentierungen und Restriktionen spricht, so hat man nicht nur sofort die Grauen der sowjetischen, sondern auch die Nazizwangswirtschaft des Krieges in Erinnerung. Hier ist man gewiß nicht begeistert von Konsumrationierungen, aber jeder Engländer weiß noch, daß das nicht nur das weitaus kleinere Übel der Kriegswirtschaft war, sondern daß dadurch der Ernährungszustand der Massen während des Krieges erheblich höher war als in den Vorkriegsjahren!

Das hat breite Massen der Mittelschichten gegen die Diskreditierung der Planwirtschaft immun gemacht. Gerade die Erinnerung an die Vorkriegszeit, die man auf keinen Fall wiederhaben wollte, hatte ja den Konservativen, die auch mit der Parole „Für die Wiederherstellung der Marktwirtschaft gegen sozialistische

Zwangswirtschaft“ 1945 in den Wahlkampf zogen, die entscheidende Niederlage gebracht. Dazu kam, daß eben diese Mittelschichten, besonders die Kreise des selbständigen Handels und sonstige Gewerbetreibende, den Segen erkannt hatten, der die planmäßig regulierte Wirtschaft nicht nur für die Schaffung der Vollbeschäftigung, sondern gerade auch für den hohen Lebensstandard, also die hohe Kaufkraft der Bevölkerung bedeutete. Diese beiden sind ja keineswegs identisch, vollbeschäftigt ist auch die sowjetische Sklaven Wirtschaft!

Auch die Labour Party ist für die Erhaltung eines beträchtlichen privatwirtschaftlichen Sektors; das ist aber nicht dasselbe wie „Marktwirtschaft“. Umgekehrt: die Existenzberechtigung des privatwirtschaftlichen Sektors wird gerade davon abhängen, wie weit auch er aus den Spielregeln der Marktwirtschaft herausgelöst wird, aus dem sagenhaften Funktionieren des Preismechanismus, der so schön wie die Göttin der Gerechtigkeit und mit ebenso verbundenen Augen entscheidet, „was jeweils am dringendsten benötigt wird, und der dafür sorgt, daß das nun auch erzeugt und verteilt wird“. Man hat in England begriffen, daß dieser faule Zauber die sozialen Bezüge außer acht läßt und daß diese — und damit eben auch die Kaufkraft der Massen — nur durch weitgehende Planung und Kontrolle gesichert werden können.

Wenn die gegenwärtige englische Regierung — trotz Erhaltung der Vollbeschäftigung — ständig an Boden verliert, so auch deshalb, weil gerade entscheidende Wählerkreise der englischen Mittelschichten — z. B. die Bauern — bereits erfahren, wie durch den Abbau der von Labour geschaffenen bzw. aus der Kriegszeit übernommenen und für Friedensbedürfnisse umgeänderten Kontrollen und staatlichen Interventionen die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt. Statt zu versuchen, durch das Aufpolieren alter Ladenhüter eine Wahlparole zu gewinnen — ein Anachronismus, der nur dem Gegner nützt —, sollte klar herausgearbeitet werden, daß Planwirtschaft sehr wohl mit privatwirtschaftlichem Sektor vereinbar ist, nicht aber mit Marktwirtschaft — und daß das Reden von sozialer Marktwirtschaft zur Kategorie jener Sprachverwirrung gehört, die *Orwell* in seinem Roman „1984“ so schön als „Neusprache“ bezeichnet —, nämlich die Verwendung desselben Wortes für entgegengesetzte Begriffe, wofür das klassische Beispiel die Bezeichnung „Volksdemokratie“ für die Diktaturen des Ostens ist.

BERNHARD REICHENBACH (London)